

100 000 neue Coworking-Plätze?

Parlamentarier aller Parteien wollen Arbeitsplätze in den Regionen schaffen – mit der Bundesverwaltung als Vorbild.

Othmar von Matt

Das Postulat zur Förderung von regionalem Coworking ist ungewöhnlich. Sieben Nationalrätinnen und Nationalräte aus sieben Parteien haben es unterzeichnet. Sie wollen bis 2030 100 000 Coworking-Arbeitsplätze schaffen. Der Bundesrat soll in einem Bericht aufzeigen, wie er das erreichen will.

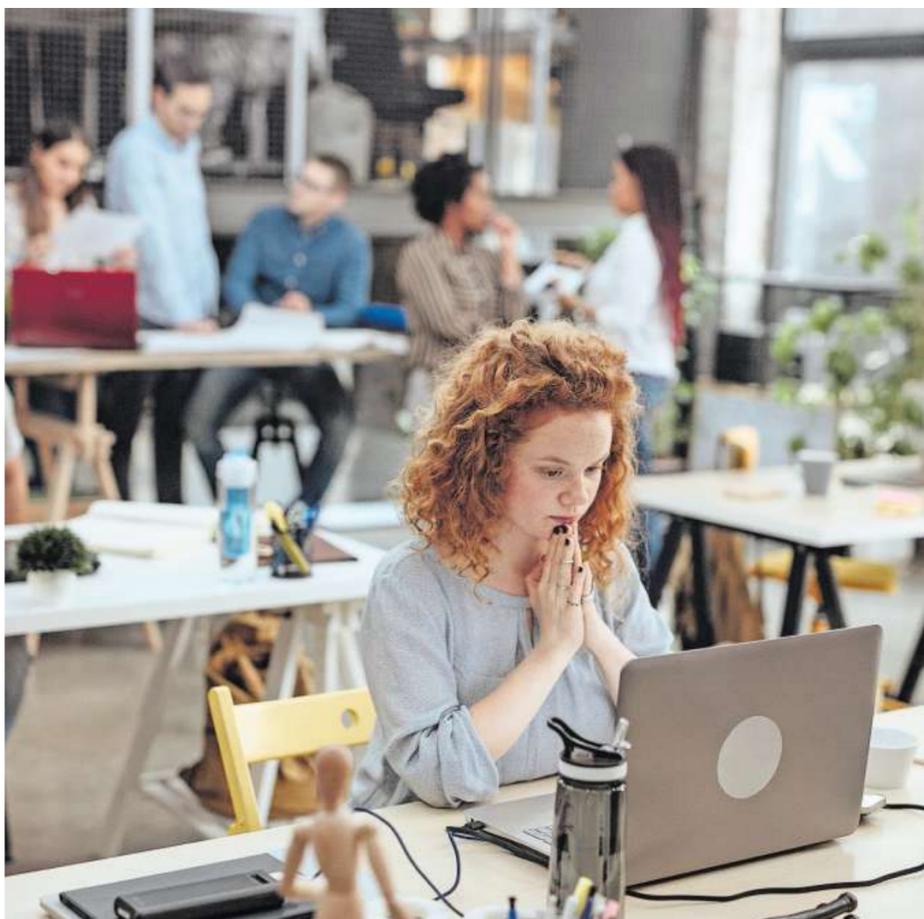
Sechs der sieben Parlamentsmitglieder sind 2019 neu gewählt worden: Gerhard Andrey (Grüne, FR), Corina Gredig (GLP, ZH), Lars Guggisberg (SVP, BE), Sidney Kamerzin (CVP, VS), Lilian Studer (EVP, AG) und Susanne Vincenz-Stauffacher (FDP, SG). Nur Edith Graf-Litscher (SP, TG) ist bereits seit 2005 Nationalrätin.

Die neuen Parlamentsmitglieder bringen eine erhöhte Bereitschaft mit zur überparteilichen Zusammenarbeit. «Für mich ist Politik keine Ein-Parteien-Angelegenheit», sagt Lars Guggisberg (SVP). «Wir müssen zusammenarbeiten.»

Nicht mehr alle sollen nach Zürich und Bern pendeln

Regionales Coworking ist für alle ein Anliegen. «Mir geht es darum, dass nicht alle nach Zürich oder Bern pendeln müssen», sagt Graf-Litscher, Koordinatorin des Vorstosses. «Ich will die Regionen stärken. Auch der Thurgau und das Engadin sollen die Möglichkeit von Coworking haben.» Das fördere die lokale Wertschöpfung, steigere die Lebensqualität und entlaste die Verkehrsinfrastruktur.

Als Geschäftsführerin des Blauen Kreuzes Aargau/Luzern habe sie zwar ihr fixes Büro, sagt EVP-Nationalrätin Studer. Sie wäre aber froh, könnte sie ihre politischen Arbeiten «in einem Coworking-Space erledigen» – und müsste das nicht zu Hause tun. Coworking-Spaces boomen, spätestens seit der Coro-



Coworking soll nicht nur in Zürich oder Bern möglich sein.

Bild: Getty Images

Was ist ein Coworking-Space?

Coworking bedeutet zusammenarbeiten. In einem Coworking Space können Selbstständige, Wiedereinsteiger, Start-ups oder Studenten, aber auch «normale» Mitarbeiter von KMU und Grossfirmen eine professionelle Infrastruktur nutzen. Mitbringen müssen sie nur einen Laptop und ein Mobiltelefon. In den grossen Städten bieten Coworking-Spaces vielfach Platz für über 100 Personen. Sie haben oft verschiedene Zonen: Arbeits- und

Aufenthaltsbereich, Teambüros, Sitzungszimmer, Eventräume. Und sie verfügen teilweise über einen eigenen Community-Manager, wie Claudius Krucker sagt, Co-Präsident des Dachverbands Coworking Switzerland. «Er fördert die Interaktion zwischen den Leuten. In einem Coworking-Space steht die Zusammenarbeit vor der Konkurrenz. Es geht um Partizipation und Austausch. Die Leute sollten offen sein untereinander.» (att)

nakrise. Sie hat Homeoffice salonfähig gemacht – und Coworking ins Bewusstsein gerückt.

«Noch vor drei Monaten sagten 90 Prozent der Unternehmen, Homeoffice und Coworking kämen nicht in Frage», sagt Jenny Schöpfer-Uster, Verantwortliche für das Coworking-Ökosystem bei der Genossenschaft Villageoffice. Diese fördert vor allem ländliche Coworking-Spaces. Dank der Coronakrise hätten aber die meisten Unternehmen gute Erfahrungen gemacht mit Homeoffice. «Und die meisten Mitarbeitenden möchten nicht

mehr jeden Tag ins Büro pendeln.» Nur im Homeoffice zu arbeiten sei aber nicht für alle eine gute Lösung, schreiben die Postulanten. «Oft fehlen der soziale Austausch, die professionelle Infrastruktur und eine Trennung von Berufs- und Privatleben.» Das ist in den 220 Coworking-Spaces vorhanden, die es heute laut Villageoffice in der Schweiz gibt.

Alleine das Netzwerk von Villageoffice zählt 72 Standorte. Die Genossenschaft gestaltet in den nächsten drei Jahren im Auftrag der SBB auch 60 bis 80 leer stehende Bahnhöfe in Coworking-Spaces um. Es brauche etwa 1000 Coworking-Spaces, «damit jede Person in 15 Minuten mit dem Velo oder mit dem ÖV am Arbeitsplatz sein kann», sagt Jenny Schöpfer. Die Postulanten wollen 100 000 zusätzliche regionale Gemeinschaftsarbeitsplätze schaffen. Für den Aufbau der entsprechenden Coworking-Spaces brauche es aber die Unterstützung der öffentlichen Hand, schreiben sie.

Wie diese Unterstützung aussehen soll, darin sind sie sich nicht einig. «Mir ist ganz wichtig, dass wir keine Steuergelder fordern», sagt SVP-Nationalrat Guggisberg. «Der Staat soll Private mit guten Rahmenbedingungen unterstützen, zum Beispiel mit der Raumplanung für die Umnutzung bestehender Gebäude.» SP-Nationalrätin Graf-Litscher hingegen glaubt, «dass vor allem in ländlichen Regionen finanzielle Mittel nötig sind, damit diese Projekte zum Fliegen kommen.»

Von der Bundesverwaltung erwarten die Postulanten eine Vorbildfunktion. Mit einer Flexibilisierung der Arbeitsorte könne die Verwaltung 20 bis 40 Prozent der bestehenden Büroarbeitsplätze einsparen, glauben sie. Die frei werdenden Flächen könnten als regionale Coworking-Spaces betrieben werden.

Entlastung für Prämienzahler

Jugendliche Wenn Versicherte ihre Prämien und Kostenbeteiligungen in der obligatorischen Krankenversicherung nicht bezahlen und nach dem Betreibungsverfahren ein Verlustschein ausgestellt wird, vergütet der Kanton dem Versicherer 85 Prozent der ausstehenden Forderungen. Geht es nach der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK), hat sich diese Regelung bewährt. Sie soll jedoch in verschiedenen Punkten verbessert werden. Sie hat einen entsprechenden Vorentwurf eingereicht. So sollen etwa junge Erwachsene nicht mehr für Prämien und Kostenbeteiligungen belangt werden können, die während ihrer Minderjährigkeit angefallen sind. Die Kommission fordert auch die Abschaffung von «schwarzen Listen». Wer auf einer solchen Liste steht, wird nur noch im Notfall behandelt. (sku)

Bundesgericht rügt Zürich

Ausschaffungen Die Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich wollte trotz der Reisebeschränkungen in der Coronakrise mehrere Personen in der Ausschaffungshaft belassen. Die Organisation Asyllex hat dagegen in zwei Fällen erfolgreich Beschwerde beim Bundesgericht eingereicht. Ihre Begründung: Die Absehbarkeit der Ausschaffung ist eine zwingende Voraussetzung für die Anordnung und Verlängerung von Administrativhaft. Während der Coronakrise sei dies nicht der Fall. Die Zürcher Sicherheitsdirektion teilte mit, das Migrationsamt habe alle Fälle von Administrativhaft überprüft und sämtliche Dublin-Fälle seien aus der Haft entlassen worden. Das Bundesgericht habe sich bei seinen Urteilen auf einen Zeitpunkt im April bezogen. Seitdem habe sich die Lage merklich verändert. (agl.)

Der höchste Reformierte stolperte nicht nur über eine Affäre

Warum ist Gottfried Locher zurückgetreten? Gestern sorgte die Kirchenspitze erstmals für Klarheit.

Es war ein mutiger Entscheid, den Ulrich Knoepfel getroffen hatte. Der Glarner Pfarrer stand gestern vor dem reformierten Kirchenparlament, das von seinen Führungsleuten endlich wissen wollte, warum Gottfried Locher Ende Mai als oberster Reformierter zurückgetreten war. Bisher druckste die Kirchenleitung herum, kommunizierte nur häppchenweise und stürzte die Kirche in eine schwere Krise. Dann sagte Knoepfel, selbst Mitglied der fünfköpfigen Kirchenspitze: «Heute ist es Zeit, dass gewisse Dinge auf den Tisch kommen. Ich stehe für eine Kirche, in der auch Unangenehmes nicht verschwiegen wird.» Der Glarner sorgte für die Transparenz, auf die Gläubige seit Wochen vergeblich gewartet hatten.

Warum nun musste Locher zurücktreten? Der eine Grund

scheint simpel: Es war eine Affäre. Doch dazu später, denn es gibt noch weit gravierendere Vorfälle. Sie waren bisher vage als «Grenzverletzungen» bekannt geworden.

Auch hier brachte eine mutige Stimme Klarheit: Christoph Weber-Berg, Aargauer Kirchenratspräsident. Er kennt die Schilderungen mehrerer betroffener Frauen: Locher solle seine Macht missbraucht haben, «um sich Frauen mehrfach ungebührlich zu nähern – auch gegen ihren Willen.» Er soll, so Weber-Berg weiter, Frauen unter Druck gesetzt haben und von ihnen gezogene Grenzen systematisch missachtet und überschritten haben. «Es geht um weit mehr als um einen zeitlich weit zurückliegenden Einzelfall.» Die Vorwürfe sollen nun von einer externen Stelle untersucht

werden. Für Locher gilt die Unschuldsumutung. Weder er noch seine Anwältin haben gestern auf eine Anfrage reagiert.

Bekannt wurde an der Kirchensynode in Bern gestern auch: Die Vorwürfe stehen seit

«Es ist Zeit, dass gewisse Dinge auf den Tisch kommen.»

Ulrich Knoepfel
Reformierter Kirchenrat

Monaten im Raum. Bereits im November hatte sich eine Ex-Angestellte der reformierten Kirche mit Details an Lochers Stellvertreterin, Esther Gaillard, gewendet und über Ereignisse in den Jahren 2011 bis 2013 berichtet. Als die Vorwürfe im April schriftlich vorlagen, informierte Gaillard die anderen Mitglieder der Kirchenleitung, die auch die Suspendierung Lochers erwogen. Dieser wehrte sich dagegen mit einer Anwältin.

Wie aus der privaten Affäre eine Kirchen-Affäre wurde

Und dann war da Sabine Brändlin. Die Pfarrerin und Kirchenrätin, die schon im April Knall auf Fall zurückgetreten war, kümmerte sich kirchenintern ebenfalls um die Vorwürfe der Ex-Angestellten gegenüber Locher. Aber offenbar erst im Ap-

ril informierte sie die anderen Kirchenratsmitglieder, dass sie selbst bis im letzten Oktober eine Affäre mit dem obersten Protestanten gehabt hatte. Darüber waren die anderen Kirchenratsmitglieder entrüstet. Nicht wegen der Moral, wie Ulrich Knoepfel sagte. Sondern weil sie sich hintergangen fühlten. Weil vielleicht Locher oder Brändlin 2018 in ihren Ämtern nicht wiedergewählt worden wären, wenn die Beziehung an der Kirchenspitze bekannt gewesen wäre. Doch Locher soll damals entsprechende Gerüchte abgestritten haben.

Der Rat fühlte sich nun aber nicht nur getäuscht. Im Nachhinein scheine es so, dass gewisse Geschäfte durch die Beziehung eine andere Dynamik erhalten hätten, sagte Knoepfel. Weder Locher noch Brändlin

waren gestern vor dem Kirchenparlament anwesend. «Ich hätte erwartet, dass sie die menschliche Grösse gehabt hätten, diese Vorgänge selbst zutage zu bringen», so Knoepfel.

Bekannt wurde zudem, dass Locher und Brändlin die Veröffentlichung von Informationen über ihr Privatleben per Anwalt zu verhindern versucht hatten. Davon schienen gestern noch mehrere Leute an der Kirchenspitze gezeichnet: Sie scheuten es, die Vorwürfe konkret zu benennen. «Wie kann es sein, dass sich die Kirchenspitze verbieten lässt, zu kommunizieren?», fragte der Aargauer Christoph Weber-Berg. «Der Eindruck einer Kirche, die Grenzverletzungen unter den Teppich kehren möchte, schadet uns.»

Lucien Fluri